

DIE WEITERVERBREITUNG FORTGESCHRITTENER WAFFENSYSTEME

Die Debatte über die Weiterverbreitung sicherheitsrelevanter Technologien ist bislang weitgehend auf Massenvernichtungswaffen und ihre Trägermittel fokussiert. Dabei hat die zunehmende Proliferation fortgeschrittener konventioneller Waffen Auswirkungen von vergleichbarer strategischer Tragweite. Bestehende Trends in diesem Bereich werden sich weiter verstärken und die Sicherheitspolitik vor wachsende Herausforderungen stellen.



Ringens um die Interventionsfähigkeit: Geplantes Hyperschallflugzeug SR-72.

Lockheed Martin

Am 17. Januar 1991 um 1:30 Uhr Ortszeit feuerte der Lenkwaffenkreuzer *USS San Jacinto* den ersten von mehr als 100 Tomahawk-Marschflugkörpern gegen ein Ziel im Zentrum Bagdads. Innerhalb weniger Stunden war das irakische Luftverteidigungssystem praktisch zusammengebrochen. In den Augen vieler Beobachter begann damit nicht nur die alliierte Luftoffensive, die einen entscheidenden Beitrag zur Vertreibung der irakischen Truppen aus Kuwait leisten würde, sondern auch eine neue Ära der konventionellen Kriegsführung. Denn mit der Operation *Desert Storm* demonstrierten die USA die Fähigkeit, mit einer Kombination aus hochentwickelten Sensoren und präzisen Lenkwaffen einen Gegner aus der Distanz weitgehend kampfunfähig zu machen.

War die Idee einer auf Fortschritten in der Informationstechnologie beruhenden Revo-

lution im Militärbereich (*Revolution in Military Affairs*, RMA) zuvor hauptsächlich von einigen wenigen Experten innerhalb des Pentagons vertreten worden, so gewann sie im Fahrwasser des Zweiten Golfkriegs zahlreiche Anhänger innerhalb und ausserhalb der US-Streitkräfte. Der wachsende Vorsprung der USA in der informationszentrierten Kriegsführung (vgl. Box 1) wurde als einzigartige Ressource für die Durchsetzung amerikanischer Sicherheitsinteressen sowie einer an liberalen Normen orientierten Weltordnung identifiziert.

Mehr als 20 Jahre später ist die RMA jedoch kein amerikanisches Spezifikum mehr. Sie diffundiert langsam, aber stetig, wovon eine wachsende Zahl von Akteuren profitiert. Dieser Trend stellt die USA und ihre Alliierten vor ungewohnte Herausforderungen: Sie müssen damit rechnen, dass ihre

Truppen selbst Ziel von fortgeschrittenen konventionellen Waffen (FKW) werden, die sich unter anderem durch hohe Präzision, eigenständige Zielfindung und geringe Aufspürbarkeit (*stealth*) auszeichnen. Militärische Interventionen könnten dadurch in Zukunft massiv erschwert werden. Zugleich ermöglichen FKW in den Händen nicht-staatlicher Gewaltakteure neue und überraschende Formen der asymmetrischen Kriegsführung und des Terrorismus.

Im Folgenden werden gegenwärtige Entwicklungen auf dem Gebiet der FKW-Proliferation und ihre Konsequenzen für das globale Sicherheitsumfeld analysiert. Anschliessend werden militärische Gegenmassnahmen und Möglichkeiten der Kontrolle von FKW-Transfers diskutiert. Zuletzt wird auf die Bedeutung dieser Form der Proliferation für die Schweizer Sicherheitspolitik eingegangen.

«Demokratisierung» des Präzisionskriegs

Dass militärische Innovationen über kurz oder lang weltweite Verbreitung finden, ist praktisch unvermeidlich. Im Fall der RMA ist dieser Vorgang von drei Faktoren geprägt: Erstens dem grossen Abstand der US-Streitkräfte zu ihren Mitbewerbern; zweitens den hohen Kosten und organisatorischen Unwägbarkeiten der Aneignung; und drittens der Verfügbarkeit von FKW auf dem internationalen Rüstungsmarkt sowie der zugrundeliegenden Technologien auf dem zivilen Markt. Das Zusammentreffen dieser Faktoren schafft widersprüchliche Anreize. Einerseits lässt der Vorsprung der USA das Schliessen der Fähigkeitslücken sowohl Al-

Informationszentrierte Kriegsführung

Grundlage der informationszentrierten Kriegsführung ist die nahtlose Zusammenführung von Sensoren und Abstandswaffen in einem so genannten «System der Systeme», um eng koordinierte Angriffe über grosse Entfernung führen zu können. Die Integration der Befehlsübermittlung, Informationsverarbeitung, Aufklärung und Zielerfassung soll es erlauben, auf Entwicklungen in der Kampfzone in Echtzeit zu reagieren. Obwohl gerade die USA grosse Fortschritte in der vernetzten Operationsführung gemacht haben, bleibt dieses Ziel aufgrund technischer und organisatorischer Einschränkungen bisher unerreicht. Zudem erhöht die grosse Komplexität solcher Streitkräftenstrukturen auch die Verwundbarkeit gegenüber physischen und virtuellen Angriffen, weshalb die Auswirkungen der Vernetzung sehr differenziert zu beurteilen sind.

lierten als auch potenziellen Herausforderern dringend geboten erscheinen. Andererseits übersteigt der Aufbau vernetzter und umfassend mit FKW ausgerüsteter Streitkräfte die finanziellen Möglichkeiten fast aller relevanten Akteure und ist zudem mit organisatorischen Risiken behaftet.

Diese Gemengelage begünstigt selektive Formen der Aneignung. Dazu zählt insbesondere der Erwerb bloss einzelner FKW-Komplexe und deren Eingliederung in Ansätze der asymmetrischen Kriegsführung, um den überlegenen Streitkräften der USA und ihrer Verbündeten bei vertretbarem Ressourceneinsatz entgegenzutreten zu können. Dem Ideal der Integration von Waffen und Sensoren in einem «System der Systeme» werden diese Ansätze zwar nicht gerecht. Doch auch jenseits ausgeklügelter Vernetzungskonzepte ermöglicht die Einbindung von FKW neuartige Operationsweisen und kann militärische Gleichgewichte empfindlich beeinflussen.

Die praktischen Modalitäten der FKW-Proiferation sind dabei sehr vielfältig. Zum einen erfolgt die Weitergabe kompletter Waffensysteme, die teils durch allianzpolitische und teils durch kommerzielle Imperative motiviert ist. Denn auch bedeutende Militärmächte müssen angesichts explodierender Entwicklungs- und Anschaffungskosten sowie budgetärer Einschränkungen um ihre rüstungsindustrielle Basis fürchten. Dazu zählen neben den USA vor allem Russland, Britannien, Frankreich und Deutschland.

Zum anderen ist der Erwerb der technologischen Voraussetzungen zur Herstellung eigener FKW durch viele junge Nationen und Schwellenländer zu beobachten. Zu diesen «neuen» Rüstungsmächten gehören nebst China etwa Israel, Südkorea, Brasilien, Indien sowie auf niedrigerem Niveau Südafrika und die Türkei. Während hochentwickelte Elektronikbauteile und Werkstoffe auf dem zivilen Markt erworben werden können, führt der Weg zu einer eigenständigen Basis für die FKW-Produktion

in den meisten Fällen über die direkte oder indirekte Aneignung ganzer Technologiekomplexe. Sie kommt unter anderem durch Lizenzbauten und Rüstungskoooperation, den Nachbau vorliegender Einzelmuster oder die Industriespionage zustande.

Wandel des militärisch-operativen Umfelds

Durch die Verbreitung von informationszentrierten Waffentechnologien kommt es zu einer starken Aufwertung militärischer Fähigkeiten, auch wenn ihre umfassende Vernetzung bislang wenigen Akteuren vorbehalten bleibt. So weisen die chinesischen Streitkräfte in diesem Bereich zwar weiterhin Defizite auf, sie haben jedoch ihre Kapazitäten für Präzisionsangriffe in den letzten zwei Jahrzehnten massiv erweitert. Die Genauigkeit der konventionell bestückten Kurzstreckenrakete DF-15B, die auf Ziele in Taiwan gerichtet ist, kann mit jener von hochentwickelten westlichen Systemen verglichen werden. Gegenüber der sowjetischen Scud-B, mit deren Ablegern es das US-Militär noch im Zweiten Golfkrieg zu tun hatte, ist ihr durchschnittlicher Zielfehler etwa hundert Mal geringer.

Durch die Verbreitung solcher Waffen wandelt sich das Bedrohungsbild bei militärischen Interventionen. Relevant sind dabei vor allem hochentwickelte Anti-Schiff-Lenk Waffen, Marschflugkörper und Systeme für die erweiterte Luftabwehr, die auch gegen Abstandswaffen effektiv sind. In einem operativen Umfeld, das durch FKW geprägt ist, ist die Überlebensfähigkeit existierender Plattformen – etwa von Kampfflugzeugen und Überwasserschiffen ohne ausgeprägte *Stealth*-Eigenschaften – erheblich reduziert. Deshalb sind FKW-Systeme geeignet, die Kosten einer militärischen Einmischung deutlich in die Höhe zu treiben. Wenn sie in entsprechende operative Konzepte eingebunden sind, werden sie zu Mitteln der Zugriffsverweigerung beziehungsweise

Antizugriff (anti-access / area denial).

In allen oben erwähnten Bereichen gibt es markante Verbreitungstrends. Für die indisch-russische BrahMos, die zu den modernsten Seezielflugkörpern zählt, soll es dem indischen Verteidigungsministerium zufolge bis zu 14 potenzielle Käufer geben. Marschflugkörper aktueller Generation zum Einsatz gegen Landziele sind mittlerweile in mindestens 17 Staaten eingeführt, darunter Pakistan, Saudi-Arabien und Südkorea. Ableger des hochwirksamen Luftabwehrsystems S-300 aus russischer Produktion fanden im letzten Jahrzehnt ihren Weg nach Algerien, China, Venezuela, Vietnam und Weissrussland. Von geplanten Transfers nach Iran und Syrien hat Russland aus politischen Gründen bisher abgesehen. Dafür wurde die Regierung von Baschar al Assad aber mit fortgeschrittenen Anti-Schiff-Lenk Waffen des Typs *Jachont* beliefert. Hier wird die Weitergabe von FKW auch als Mittel der Grossmachtdiplomatie eingesetzt, um die USA und ihre Verbündeten von Interventionen abzuschrecken, die russischen Interessen zuwider laufen.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Verbreitung von FKW mit kurzen Reichweiten, die von kleinen Gruppen autonom eingesetzt werden können. In diese Kategorie fallen gelenkte Mörser- und Artilleriegranaten oder Lenkkraketen zur Panzer- und Luftabwehr. Solche vergleichsweise preisgünstigen Waffen können eine intervenierende Macht nicht am Betreten des Operationsgebiets hindern, sie können aber die Bewegungsfreiheit eingedrungener Truppen stark einschränken und diesen empfindliche Verluste zufügen. So gelang es der Hisbollah im Libanon-Krieg 2006 mit modernen Lenk Waffen, fast die Hälfte eines israelischen Panzerbataillons innerhalb weniger Stunden ausser Gefecht zu setzen sowie ein israelisches Kriegsschiff erheblich zu beschädigen.

Durch die selektive Verfügbarkeit solcher FKW steigt das erwartbare Fähigkeitsniveau nicht nur von Aufständischen und Milizen, sondern auch von Terrorgruppen. Die Wahrscheinlichkeit von Anschlägen mit tragbaren Lenk Waffen auf Zivilflugzeuge (wie 2002 in Kenia auf ein israelisches Linienflugzeug), Regierungseinrichtungen oder Elemente der kritischen Infrastruktur dürfte auch in Zukunft deutlich höher einzuschätzen sein als der Versuch eines Ein-

satzes von Nuklear- oder anderen Massenvernichtungswaffen. Die Sicherheitskräfte der meisten Staaten sind auf derartige Angriffe, die aus einer Distanz von mehreren Kilometern mit hoher Präzision erfolgen können, nur sehr mangelhaft vorbereitet.

Ringens um militärische Vorteile

Die FKW-Proliferation wird derzeit vor allem von den Vereinigten Staaten als akute Bedrohung eingestuft. Es droht hier die Erosion entscheidender militärischer Vorteile. Denn die Überlegenheit der US-Streitkräfte beruht auf einer Kombination von strategischer Mobilität – das heisst schneller Verlegbarkeit auf dem See- und Luftweg – und der anschliessenden Entfaltung grosser Schlagkraft über taktische Distanzen von wenigen hundert Kilometern. Wo der Zugang zum Operationsgebiet nicht garantiert ist oder wo mit einer massiven Gefährdung der vorwärts verlegten Truppen gerechnet werden muss, können sich die Kosten-Nutzen-Abwägungen hinsichtlich einer militärischen Intervention deutlich verschieben. Die Ausstattung der Verteidiger mit FKW spielt in beiden Fällen eine entscheidende Rolle, da sie die Effektivität und Effizienz von konventionellen Angriffen um mehrere Grössenordnungen steigern können.

Sofern sich die gegenwärtigen Verbreitungstrends im FKW-Bereich fortsetzen, dürfte sich das Ringen der USA um die Erhaltung der Interventionsfähigkeit in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren deutlich intensivieren. Gegenmassnahmen werden derzeit in den Bereichen Doktrin, Beschaffung und Stationierung getroffen. Auf der Doktrinebene arbeitet das US-Militär an neuen Zugriffskonzepten, die seine langfristige Überlegenheit durch eine gemeinsame, stark vernetzte und offensive Operationsweise der Teilstreitkräfte sicherstellen sollen. Dass diese Konzepte erfolgreich umgesetzt werden können, ist aufgrund der hohen technischen und finanziellen Anforderungen sowie der organisatorischen Hindernisse aber nicht gesichert.

Von budgetären Einschränkungen betroffen ist auch die Anschaffung neuer Waffensysteme mit erhöhter Überlebensfähigkeit und grosser Reichweite. Dazu zählt neben einem Tarnkappenbomber der nächsten Generation und einer Kampfdrohne für den trägergestützten Einsatz vor allem die «Conventional Prompt Global Strike»-Initiative. Sie umfasst Pläne für konventionell

bestückte ballistische Raketen oder Hyper-schall-Gleiter, deren Einsatz allerdings mit Eskalationsrisiken – unter anderem der Verwechslung mit nuklearen Angriffsmitteln – behaftet wäre. Als weniger problematisch könnte sich in dieser Hinsicht das hyper-schallfähige Aufklärungs- und Angriffsflugzeug SR-72 erweisen, das sich aber noch in einer frühen Entwicklungsphase befindet.

Auch der Ausbau der Raketenabwehr auf Schauplatzebene, die in einem gewissen Umfang die aktive Verteidigung von Stützpunkten und Trägerverbänden erlaubt, wird weiter vorangetrieben. Da jedoch eine Vielzahl von Zielen gegen mögliche Angriffe gesichert werden muss und gegen jede anfliegende Rakete möglicherweise mehrere der teuren Abwehrflugkörper eingesetzt werden müssen, befindet sich der Verteidiger strukturell im Nachteil. Bis auf weiteres sind deshalb passive Massnahmen – wie die Verbunkerung kritischer Systeme oder die Kontrolle elektronischer Emissionen – von mindestens ebenso grosser Bedeutung.

Begrenzte Kontrollmöglichkeiten

Die Weiterverbreitung von fortgeschrittenen konventionellen Waffen findet als Problemfeld der Sicherheits- und Weltordnungspolitik bisher relativ wenig Beachtung. Initiativen auf der Ebene internationaler Organisationen und Vertragswerke sind überwiegend auf Nuklear- und Massenvernichtungswaffen fokussiert. Für die Delegitimierung von konventionellen Waffen, die aufgrund ihrer hohen Präzision mit einer Verminderung von ungewollten Begleitschäden in Verbindung gebracht werden, besteht dagegen wenig politischer Spielraum.

Deshalb gibt es für die Kontrolle und Überwachung von FKW-Transfers auch kaum wirksame Instrumente. Eine teilweise Ausnahme stellen ballistische Raketen-systeme dar, die auch für den Einsatz von Nuklear-

waffen geeignet sind. Sie werden mit dem Raketen-technologie-Kontrollregime sowie dem Haager Verhaltenskodex von zwei multilateralen Regimen erfasst, deren Wirksamkeit jedoch begrenzt ist. Andere Instrumente der konventionellen Rüstungsbegrenzung – wie das Übereinkommen über Streumunition, das Systeme mit eigenständiger Zielerfassung explizit ausklammert – schaffen sogar zusätzliche Modernisierungsanreize.

Gewisse Ansatzpunkte bieten die breiter gefassten Massnahmen der Exportkontrolle. Dazu zählen insbesondere die Wassenaar-Vereinbarung über den Export von konventionellen Waffen und doppelverwendungsfähigen Gütern und Technologien sowie das UNO-Waffenregister, an denen auch die Schweiz aktiv beteiligt ist. Sie dienen der Überwachung von Waffen- und Technologietransfers auf der Basis freiwilliger Selbstkontrolle. Keines dieser Instrumente ist jedoch dazu gedacht oder geeignet, eine effektive Einhegung der Weitergabe von FKW zu gewährleisten. In vielen Fällen stehen zudem die Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen der teilnehmenden Staaten der konsequenten Umsetzung vorhandener Normen im Weg.

Noch grössere Herausforderungen stellen sich jenseits des dokumentierten Rüstungshandels zwischen Staaten. Insbesondere der Weitergabe einzelner, autonom einsetzbarer FKW-Systeme an Aufstandsbewegungen oder Terrorgruppen ist schwer beizukommen, obwohl diesbezüglich ein breiter internationaler Konsens besteht. Eine gewisse Rolle könnte hier die von den USA lancierte *Proliferation Security Initiative* spielen, deren Umfang jedoch erweitert werden müsste. Sie zielt darauf ab, die geheime Proliferation durch gezielte Eingriffe – etwa die Durchsuchung verdächtiger Schiffsladungen – zu unterbinden. Einzelne, überraschende Angriffe mit FKW können aber auch im Fall verstärkter Überwachungs- und Kontrollbestrebungen nicht ausgeschlossen werden.

Moderne Lenkwaffen stellen eine Bedrohung für Schweizer Bürger im Ausland dar.

Herausforderungen für die Rüstungskontrolle

Bestehende Instrumente der Rüstungskontrolle orientieren sich auch heute noch an den Parametern des Kalten Krieges. So spiegelt etwa der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) Konzepte der industriellen Kriegsführung wider, die das militärische Potenzial an der Anzahl der Hauptwaffensysteme (zum Beispiel Kampfpanzer) messen. Durch die Verbreitung von FKW haben sich die Bestimmungsfaktoren militärischer Gleichgewichte jedoch massiv verschoben. So ist an die Stelle grosser Truppenkonzentrationen die Massierung von Waffeneffekten aus sicherer Distanz getreten. Zugleich wird etwa in Russland und China befürchtet, dass weitreichende Präzisionswaffen in Kombination mit der Raketenabwehr schliesslich auch die nukleare Abschreckung in Frage stellen könnten. Die überkommenen Ansätze der Rüstungskontrolle stossen damit zunehmend an ihre Grenzen.

Implikationen für die Schweiz

Bereits heute führt die wachsende Verbreitung von FKW zu beträchtlichen Veränderungen des militärisch-operativen und strategischen Umfelds, das auch der Schweizer Sicherheitspolitik wichtige Rahmenbedingungen vorgibt. Eine direkte Gefährdung der Schweiz ist dabei nicht unmittelbar gegeben. Zwar stellt die Weitergabe von hochentwickelten, autonom einsetzbaren Lenk Waffen eine mögliche Bedrohung für Schweizer Bürger vor allem im Ausland dar. Von grösserem Gewicht sind jedoch die indirekten Auswirkungen.

So hat die Proliferation von FKW das Potenzial, bestehende regionale Ordnungsstrukturen weiter auszuhöhlen, indem sie die militärische Handlungsfähigkeit der USA und ihrer Alliierten deutlich verringert. Sollte es dadurch in Zukunft zu Einschränkungen des freien Zugangs zu den globalen Transport- und Kommunikationsmedien (See, Luft, Weltraum, virtueller Raum) kommen, wäre davon als global vernetzte Wirtschaftsnation auch die Schweiz stark betroffen. Zugleich unterspült die zunehmende Verbreitung von FKW das bröckelnde Fundament der konventionellen und nuklearen Rüstungskontrolle zwischen Ost und West (vgl. Box 2), das die Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse nicht angemessen zu widerspiegeln vermag.

Obwohl eine Delegitimierung von FKW oder ihrer Weitergabe politisch nicht aussichtsreich ist, besteht international in einzelnen Bereichen – wie zum Beispiel der Verbreitung tragbarer Luftabwehrsysteme – ein breites Interesse an verbesserten Kontrollmöglichkeiten. Ausserdem gilt es, den Fortbestand vorhandener Normen zu sichern, die durch das Fortschreiten der FKW-Proliferation immer stärker unter Druck geraten werden. Bei der Anpassung bestehender Regime und der Formulierung neuer Initiativen könnte die Schweiz sowohl auf der UNO-Ebene als auch im Rahmen ihres OSZE-Vorsitzes im Jahr 2014 eine wichtige Rolle spielen.

I Verantwortlicher Editor:
Christian Nünlist
analysen@sipo.gess.ethz.ch

I Fachexperte für diese Analyse:
Michael Haas
michael.haas@sipo.gess.ethz.ch

I Bezug und Mailingliste:
www.css.ethz.ch/cssanalysen

I ISSN: 2296-0236

Zuletzt erschienen

- Nr. 144: Die Kerry-Initiative: Hoffnung auf ein Nahost-Abkommen?
- Nr. 143: Vor dem EU-Gipfel zur Verteidigungspolitik
- Nr. 142: Das Konzept der Resilienz: Gegenwart und Zukunft
- Nr. 141: «Kidnapping for Ransom» zur Terrorismusfinanzierung
- Nr. 140: Chinas nukleare Aufrüstung: Hintergründe und Folgen
- Nr. 139: Frankreichs neue Strategie: Das Weissbuch 2013
- Nr. 138: Schweden ringt um seine Verteidigungspolitik
- Nr. 137: Im Sinkflug? US-Drohnen im Kampf gegen den Terrorismus
- Nr. 136: Russland in Europa: Strategische Herausforderungen
- Nr. 135: Tunesien: Hürden des Übergangsprozesses
- Nr. 134: Die NSS 2014: Auf dem Weg zu einer Obama-Doktrin?
- Nr. 133: Europarat: Zeit für Reformen
- Nr. 132: Lashkar-e-Taiba: Lokale Organisation, globale Ambitionen
- Nr. 131: Berg-Karabach: Hindernisse für eine Verhandlungslösung
- Nr. 130: Der ICC: Hohe Erwartungen, zwiespältige Bilanz
- Nr. 129: Whole of Government: Zwischen Integration und Abgrenzung
- Nr. 128: Strategien gegen jihadistische Radikalisierung in Europa
- Nr. 127: Die Gruppe der nuklearen Lieferländer am Scheideweg
- Nr. 126: Pooling and Sharing, Smart Defence und die Schweiz
- Nr. 125: Nepal: Stockender Friedensprozess und Schweizer Engagement
- Nr. 124: Der syrische Bürgerkrieg: Zwischen Eskalation und Intervention
- Nr. 123: Die arabischen Revolutionen aus der Sicht Israels
- Nr. 122: Chemiewaffen-Verbot: Stand und Perspektiven
- Nr. 121: Nordkoreas Atomprogramm: zwischen Eindämmung und Dialog
- Nr. 120: Atomausstieg und Energieversorgung der Schweiz
- Nr. 119: Somalia: Geringe Aussichten auf Frieden
- Nr. 118: Arktis: Tauwetter mit Konfliktpotential
- Nr. 117: Indien-USA: Partnerschaft mit begrenztem Entwicklungspotential
- Nr. 116: Die NATO nach Chicago: Smarte Rhetorik und viele offene Fragen
- Nr. 115: Myanmar: Politische Reformen und Machterhalt der Militärs
- Nr. 114: Frauen, Frieden und Sicherheit: UNO-Resolution 1325 im Praxistest
- Nr. 113: Der Irak nach dem US-Abzug: Erneut am Abgrund
- Nr. 112: Schuldenkrise: Folgen für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik
- Nr. 111: PPPs in der Sicherheitspolitik: Chancen und Grenzen
- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung